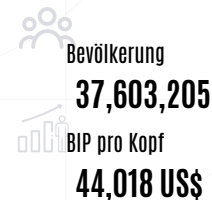
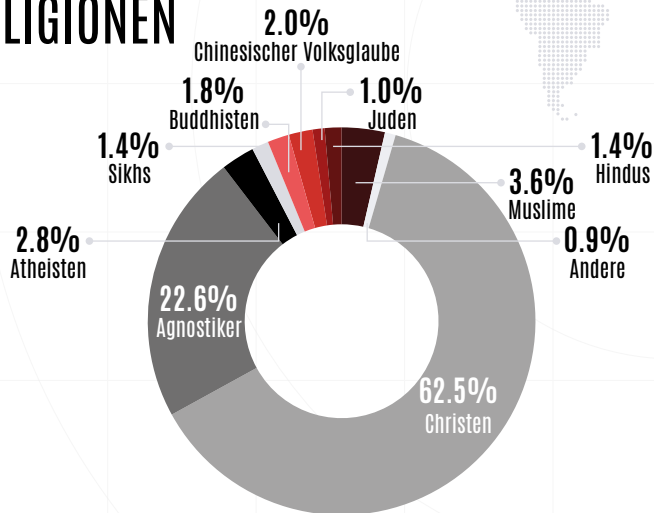




KANADA

RELIGIONEN



DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Verfassung und die Gesetze Kanadas garantieren die Gewissens- und Religionsfreiheit sowie Gedanken-, Glaubens-, Meinungs- und Ausdrucksfreiheit¹ innerhalb „angemessener gesetzlicher Grenzen, wie sie in einer freien und demokratischen Gesellschaft nachweislich gerechtfertigt sind“.² Im Hinblick auf ihre Religion genießen Kanadier das Recht auf „gleichen Schutz und gleichen Nutzen des Gesetzes ohne Diskriminierung“.³

Eine Diskriminierung aus Gründen der Religion ist durch Bundes- und Provinzgesetze verboten. Bei Verletzungen der Religionsfreiheit können Einzelpersonen klagen und haben Anspruch auf Rechtsbehelfe.⁴ Glaubensgemeinschaften sind nicht verpflichtet, sich behördlich registrieren zu lassen. Für eine Steuerbefreiung ist es jedoch erforderlich, dass sie als gemeinnützige Organisation bei der kanadischen Steuerbehörde (Canada Revenue Agency, CRA) registriert sind. Dieser Gemeinnützigkeits-Status bietet ihnen eine Reihe bundesweit gültiger Vorteile, z. B. Steuerabzüge für gebietsansässige Geistliche und schnellere Einwanderungsverfahren.⁵

Das Verfassungsgesetz von 1867 garantierte protestantischen oder katholischen Minderheiten ein Recht auf die öffentliche Förderung konfessioneller Schulen. In Quebec,⁶ Neufundland und Labrador⁷ wurde diese Garantie inzwischen durch Verfassungsänderungen aufgehoben und durch ein säkulares öffentliches Bildungssystem ersetzt.⁸ In Ontario, Alberta und Saskatchewan besteht die garantierte Bereitstellung öffentlicher Mittel für katholische Schulen jedoch weiterhin. Darüber hinaus ist die Finanzierung von Bildungseinrichtungen katholischer und protestantischer Minderheiten aus öffentlicher Hand in den Northwest-Territorien, Yukon und Nunavut durch Bundesgesetze geschützt.⁹ In sechs der zehn Provinzen werden zumindest einige religiös ausgerichtete Schulen teilweise öffentlich finanziert.¹⁰ Hausunterricht ist in ganz Kanada legal. Eltern in Saskatchewan, Alberta und British Columbia erhalten dabei sogar finanzielle Unterstützung.¹¹

Im Mai 2018 gab der Oberste Gerichtshof von Kanada seine Entscheidung im Fall Kongregation der Zeugen Jehovas in Highwood (Richterlicher Ausschuss) gegen Wall bekannt; Herr Randy Wall hatte Einspruch gegen eine Disziplinarmaßnahme eingelegt, die seine Gemeinschaft der Zeugen Jehovas in Alberta gegen ihn verhängt hatte. Durch die Maßnahme wurde er aus der Religionsgemeinschaft ausgeschlossen. Herr Wall gab an, dass ihm

dadurch geschäftliche Nachteile entstanden seien, weil viele seiner Kunden selbst Zeugen Jehovas seien. Die einstimmige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes lautete, dass interne, die kirchliche Disziplin betreffende Maßnahmen nicht der Gerichtsbarkeit des Obersten Gerichtshofes unterstehen.¹²

Im Juni 2018 fällte der Oberste Gerichtshof zwei weitere maßgebliche Entscheidungen. Es ging um die Fälle Trinity Western University, et al. gegen Law Society of Upper Canada und Law Society of British Columbia gegen Trinity Western University, et al. In beiden Fällen ging es darum, dass die jeweiligen Law Societies (Rechtsanwaltskammern) den Absolventen der geplanten juristischen Fakultät der Trinity Western University (TWU) die Zulassung verweigert hatten, da die Satzung der TWU ihren Mitgliedern sexuelle Handlungen verbot, die die „Heiligkeit der Ehe zwischen Mann und Frau“ verletzen.¹³ Beide Kammern, die jeweils für die Zulassung von Anwälten in den Bundesstaaten British Columbia und Ontario verantwortlich sind, gaben dazu an, dass diese Satzung diskriminierend gegenüber der LGBTQ-Gemeinschaft sei. In beiden Fällen wurde zugunsten der Anwaltskammern und gegen die TWU entschieden. Der Oberste Gerichtshof befand, dass die Entscheidungen der Kammern, der geplanten juristischen Fakultät der TWU die Akkreditierung zu verweigern, begründet sei und die verschiedenen Rechte angemessen gegeneinander abgewogen worden seien. „Die Entscheidung der Law Society of Upper Canada (Anwaltskammer von Ontario) verhindert, dass die Mitglieder der TWU ihren Mitstudenten ihre religiösen Überzeugungen aufzwingen, die zu Ungleichheit führen und erheblichen Schaden verursachen können.“¹⁴ Der Oberste Gerichtshof räumte zwar ein, dass diese Entscheidung die Religionsfreiheit der Gemeinschaft an der TWU einschränke, dies aber angesichts des „ungleichen Zugangs“ aufgrund der Satzung vertretbar sei.¹⁵

Im Vorfeld einer Anfechtung vor dem Bundesgericht hatte sich im März 2018 eine Koalition aus muslimischen, jüdischen und christlichen Führern mit Regierungsvertretern getroffen, um gegen das Antragsverfahren auf finanzielle Unterstützung im Rahmen des Programms „Canada Summer Jobs“ zu protestieren. Zu den Auflagen des Verfahrens gehört, dass „sowohl der geförderte Arbeitsplatz als auch die Philosophie der betreffenden Organisation die individuellen Menschenrechte in Kanada und die Werte der kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten und andere Rechte respektieren.“¹⁶ Besorgnis erregte bei den Kir-

chenführern insbesondere der Passus „andere Rechte“, der auch „reproduktive Rechte und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Ethnizität, Nationalität, Hautfarbe, geistiger oder körperlicher Behinderung, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder Ausdruck der Geschlechtlichkeit“ beinhaltet.¹⁷

In einer Erklärung vom Januar 2018 hatten die geistlichen Führer klargestellt: „Das Versprechen einer freien und demokratischen Gesellschaft beinhaltet auch, dass der Bezug von staatlichen Leistungen und der Schutz durch den Staat nicht an religiöse oder ideologische Bedingungen geknüpft sind.“¹⁸ Angesichts des Protests der geistlichen Führer gegen die ursprünglich von der kanadischen Regierung veröffentlichten Bedingungen ließ die Regierung den strittigen Passus der „anderen Rechte“ fallen. Nichtsdestotrotz erhalten Gruppen, die „aktiv daran arbeiten, den Zugang von Frauen zu Versorgungsleistungen im Rahmen ihrer sexuellen oder reproduktiven Gesundheit zu behindern oder einzuschränken“, keine Förderung.¹⁹ Mit Bezug auf diese Formulierung wurden die Anträge einiger Gruppierungen abgelehnt, die sich dadurch zu weiteren gerichtlichen Klagen veranlasst sahen. Die entsprechenden Verfahren sind aktuell noch anhängig.²⁰

Im Mai 2019 entschied das Berufungsgericht im Bundesland Ontario gegen eine Koalition, die mehr als 4.700 christliche Ärzte vertrat und zugunsten des College of Physicians and Surgeons of Ontario (Ärzttekammer von Ontario, CPSO). Laut den Richtlinien der Kammer müssen Ärzte ihren Patienten auch Überweisungen an Kollegen ausstellen, die medizinische Leistungen erbringen, die sie selber ablehnen.²¹ Die Koalition der Ärztevertreter hatte argumentiert, dass eine Überweisung für Verfahren wie eine Abtreibung oder einen ärztlich assistierten Suizid sie zu Komplizen der betreffenden Handlung mache und dies ihrem verfassungsmäßigen Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit widerspreche.²² Die Ärztevertreter hatten bereits im Januar 2018 Einspruch gegen die Entscheidung eines untergeordneten Gerichts zugunsten der Ärztekammer eingelegt. Das Berufungsgericht in Ontario begründete seine Entscheidung damit, dass die Regelungen der Ärztekammer „die Interessen der Patienten und die von der Charta geschützte Religionsfreiheit der Ärzte in angemessenem Verhältnis berücksichtigt. Kurzum, das Gesetz legt die vertretbaren und in einer freien und demokratischen Gesellschaft gerechtfertigten Grenzen fest.“²³

Ende Juni 2019 wurde in Quebec ein Gesetz über die Lai-

zität des Staates (Act Respecting the Laicity of the State)²⁴ verabschiedet, laut dem Quebec ein säkularer Staat ist, der auf vier Grundprinzipien beruht: „Der Trennung von Staat und Religion; der religiösen Neutralität des Staates; der Gleichheit aller Bürger; und der Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Das Gesetz legt fest, dass „alle parlamentarischen, staatlichen und gerichtlichen Institutionen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben diesen Prinzipien gleichermaßen verpflichtet sind und dass die Laizität des Staates das Recht aller Personen auf nichtreligiöse öffentliche Institutionen und Dienste bedingt.“²⁵

Um die Einhaltung dieser Prinzipien und die Trennung von Kirche und Staat in allen staatlichen Einrichtungen und öffentlichen Diensten zu gewährleisten, verbietet das Gesetz des Bundesstaates Quebec dort ausdrücklich das Tragen von religiösen Symbolen. Diese sind definiert als „jeder Gegenstand, einschließlich Kleidung, Symbolen, Schmuck, Accessoires oder Kopfbedeckungen, der (1) in Verbindung mit einer religiösen Überzeugung oder einem Glauben getragen wird; und (2) nach vernünftigem Ermessen als Hinweis auf ein Glaubensbekenntnis betrachtet werden kann.“²⁶ Ebenso dürfen weder Regierungsangestellte bei der Erbringung von Leistungen, noch Menschen, die diese Leistungen beanspruchen, ihr Gesicht verdecken; eine Ausnahme gilt hier für Menschen, die ihr Gesicht aus gesundheitlichen Gründen bedecken müssen.²⁷ Diese Regelungen betreffen eine große Gruppe öffentlicher Angestellter, wie zum Beispiel Mitarbeiter von Regierungsabteilungen, städtische Angestellte, Lehrer, Richter und Staatsanwälte, Arbeitnehmer im öffentlichen Nahverkehr, Mitarbeiter in staatlich geförderten Betreuungseinrichtungen und sogar Mitarbeiter in „vertraglich gebundenen privaten Einrichtungen, Vermittlern und familienähnlichen Ressourcen, die dem Gesetz über Gesundheits- und Sozialdienste (Act Respecting Health Services and Social Services) unterliegen“.²⁸ Darüber hinaus ergibt sich aus dem Gesetz eine Änderung der Charta der Menschenrechte und Freiheiten von Quebec, in deren Präambel die „Laizität des Staates“ nun als ein Grundwert aufgeführt wird. Jeder, der seine Rechte gemäß der Charta von Quebec in Anspruch nehmen möchte, muss dabei die Trennung von Kirche und Staat in Quebec berücksichtigen.²⁹

Abschnitt 34 des Gesetzes über die Säkularität des Staates Quebec legt fest, dass das Gesetz ungeachtet der Artikel 2–7 und 15 des Verfassungsgesetzes von 1982 gilt. Letztere betreffen die von der kanadischen Charta der

Rechte und Freiheiten festgeschriebenen Grundfreiheiten, demokratischen Rechte, Rechtsansprüche, Freizügigkeits- und Gleichstellungsrechte.³⁰ Die Regierung von Quebec hofft darauf, dass das Gesetz über die Säkularität des Staates dadurch für den gesetzlich zulässigen Zeitraum von fünf Jahren auch im Widerspruch zu den vorgenannten geschützten Rechten aller Kanadier gelten kann.

Das Gesetz wurde wiederholt gerichtlich angefochten. So zum Beispiel durch eine Klage des Nationalrats kanadischer Muslime und des kanadischen Bürgerrechtsverbands im Fall einer muslimischen Studentin und angehenden Lehrkraft der Universität Montreal, Ichhak Nourel Hak, die einen Hidschab trägt. Sowohl der Nationalrat der Muslime als auch der kanadische Bürgerrechtsverband plädierten vor dem Obersten Gericht (Superior Court) von Quebec für eine Aussetzung bestimmter Abschnitte des Gesetzes und stellten seine Verfassungsmäßigkeit in Frage, da es sich bei dem Gesetz 1.) faktisch um ein strafrechtliches Gesetz und folglich eine Bundesangelegenheit handele, 2.) das Gesetz unangemessen vage sei und so gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoße und es 3.) gegen bestimmte grundlegende Prinzipien der kanadischen Demokratie verstoße, unter anderem gegen die Achtung der Rechte von Minderheiten.³¹

Während Richter Michel Yergeau zwar das Argument anerkannte, dass das Gesetz gegen die von der kanadischen Charta garantierte Religionsfreiheit verstoße, lehnte er mit seiner Entscheidung den Antrag auf Aussetzung dennoch ab. Er begründete seine Entscheidung zum Teil damit, dass die „Nationalversammlung per Mehrheitsbeschluss zu dem Schluss gekommen ist, dass das Verbot des Tragens religiöser Symbole im Verhaltenskodex für Personen, die die in der Liste II des Gesetzes genannten Positionen bekleiden, dem Gemeinwohl dient ...“³² Im August 2019 erhielten der Nationalrat der Muslime und der Bürgerrechtsverband die Erlaubnis, gegen die Entscheidung der unteren Instanz beim zuständigen Gericht auf Landesebene Berufung einzulegen.³³ Im Dezember 2019 wurde die Berufung jedoch abgelehnt, woraufhin die Parteien Berufung beim Obersten Gerichtshof von Kanada einlegten. Dieser entschied im April 2020, die Berufung nicht zu behandeln.³⁴ Laut Aussagen des Dekans der juristischen Fakultät der McGill University ist allerdings damit zu rechnen, dass es zu weiteren Verfahren kommen wird.³⁵

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Laut der jüngsten verfügbaren offiziellen Daten verzeichnete die Polizei im Jahr 2018 insgesamt 1.798 Fälle von Hasskriminalität.³⁶ Dies sind zwar 13 % weniger als 2017, aber immer noch 27 % mehr als 2016.³⁷ In dieser Zahl enthalten sind 341 als antisemitisch einzustufende Straftaten, was einer Zunahme um 54 % seit 2016 entspricht.³⁸

Bei der Menschenrechtsliga des kanadischen Ablegers von B'nai B'rith gingen im Jahr 2019 insgesamt 2.207 Meldungen über antisemitische Vorfälle ein. Damit wurde, zum vierten Mal in Folge, der jeweilige Vorjahresrekord übertroffen.³⁹ In Ontario und Quebec leben die größten jüdischen Gemeinschaften in Kanada. Hier stieg die Zahl der antisemitisch motivierten Fälle um 62,8 % im Vergleich zu 2018 bzw. um 12,3 % im Vergleich zu 2019 an, dies ist ein besorgniserregender Trend.⁴⁰

Ein Beispiel für einen antisemitischen Vorfall war der Angriff auf einen chassidischen Juden in Montreal (Quebec) im März 2019, bei dem der Angreifer einige der religiösen Gegenstände des Opfers stahl (Tallit und Tefillin).⁴¹ Im Juli 2019 beschimpfte ein Taxifahrer einen orthodoxen Juden mit antisemitischen Äußerungen und griff ihn an, als dieser die Taxi-Zulassungsnummer des Täters fotografierte.⁴²

Im August 2019 wurden in Toronto (Ontario) zwei junge jüdisch-orthodoxe Männer von einem Jugendlichen angegriffen. Einer erlitt durch einen Schlag eine Gesichtsverletzung, dem anderen wurde der Arm gebrochen.⁴³ Im Oktober 2019 wurde ein jüdischer Student an der Universität York in Toronto von einer anderen Person aufgrund seines Glaubens beschimpft und angespuckt.⁴⁴

Die offiziellen polizeilichen Zahlen zur Hasskriminalität umfassten im Jahr 2018 auch 116 antimuslimische Taten.⁴⁵ Für das Jahr 2019 meldete der Nationalrat der Muslime selbst 51 antimuslimische Vorfälle.⁴⁶

Die Liste der Vorfälle beinhaltete auch die Weigerung der kanadischen People's Party (Volkspartei), gegen eine ihrer Kandidatinnen in Halifax (Nova Scotia) vorzugehen, nachdem bekannt wurde, dass diese sich antimuslimisch geäußert hatte, unter anderem in einem Tweet von 2017. In diesem bezeichnete sie den Islam als das „pure Böse“, für das „in der kanadischen Gesellschaft kein Platz“ sei. Andere Vorfälle ereigneten sich 2019 zum Beispiel im August, als Mitarbeiter von Air Canada ein zwölfjähriges Mädchen zwangen, ihren Hidschab abzulegen, nachdem sie die Sicherheitskontrollen am Pearson International Air-

port in Toronto passiert hatte. Im Juli 2019 wurde eine Moschee in Owen Sound (Ontario) mit Eiern beworfen. Außerdem wurden Muslime im öffentlichen Raum beschimpft und bereits im April 2019 erhielt eine Moschee in Ottawa eine Bombendrohung.⁴⁷

Von den im Jahr 2018 offiziell erfassten Fällen von Hasskriminalität waren auch 35 von Voreingenommenheit gegenüber Katholiken motiviert.⁴⁸ Diese Zahl ist zwar insgesamt sehr niedrig, aber 2020 fanden einige viel beachtete Angriffe auf katholische Kirchen und Geistliche in ganz Kanada statt.

So wurde am 22. März 2019 Pater Claude Grou mit einem Messer angegriffen, als er die Messe im St. Joseph's Oratory in Montreal abhielt. Er trug leichte Verletzungen davon. Ein 26-jähriger Mann wurde anschließend wegen versuchten Mordes angeklagt.⁴⁹ Am 30. August 2020 wurde eine Marienstatue außerhalb der maronitisch-katholischen Kirche „Our Lady of Lebanon“ in Toronto enthauptet aufgefunden.⁵⁰ Am 8. September 2020 brachen zwei Diebe in die römisch-katholische Kathedrale St. Catherine of Alexandria in St. Catherines (Ontario) ein und stahlen den Tabernakel. Kurz darauf wurde er aus einem nahegelegenen Kanal geborgen. Er war gewaltsam geöffnet und entweiht worden, die gesegneten Hostien waren gestohlen worden.⁵¹

COVID-19

Anfang März 2020 kam es im Zuge der COVID-19-Pandemie in ganz Kanada zur Einführung unterschiedlicher Vorschriften, Richtlinien und Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit auf Bundes-, Provinz- und kommunaler Ebene. Da das Gesundheitswesen gemäß dem Verfassungsgesetz von 1867 hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Provinzen fällt, waren es überwiegend die Gesundheitsministerien der Provinzen, die in Abstimmung mit den kommunalen Gesundheitsbehörden festlegten, welche Maßnahmen zur Eindämmung des Virus umgesetzt werden sollten.⁵² Dies führte ab Mitte März bis Ende Mai/Mitte Juni zu Beschränkungen öffentlicher Gottesdienste in ganz Kanada. In vielen Fällen waren kirchliche Einrichtungen den Beschlüssen zur Beschränkung von Gottesdiensten jedoch zuvorgekommen und hatten ihre Gebäude freiwillig geschlossen. Am 13. März gab die größte römisch-katholische Diözese Kanadas, die Erzdiözese Toronto, bekannt, dass die öffentlichen Messen an Wochenenden eingestellt würden.⁵³ Am 17. März wurden sämtliche öffentliche Messen ausgesetzt.⁵⁴ Am 23. März wurden sämtliche Kirchen der Er-

zdiözese Toronto für die Öffentlichkeit geschlossen.⁵⁵ Die Fernsehübertragung geschlossen abgehaltener Messen wurde zur neuen Norm.

Als Ende Mai/Anfang Juni die Beschränkungen für öffentliche Versammlungen langsam gelockert wurden, öffneten viele Glaubensgemeinschaften unter Beachtung der vor Ort geltenden Auflagen zum Gesundheitsschutz bei Gottesdiensten ihre Gotteshäuser wieder. Die Auflagen für die Wiedereröffnung von Gotteshäusern waren von Provinz zu Provinz unterschiedlich. In Alberta zum Beispiel war in der ersten Zeit nach der Wiedereröffnung die Besucherzahl bei Messen auf die geringere Zahl von 50 Personen oder einem Drittel der Kapazität des Gebäudes begrenzt.⁵⁶ Weitere Auflagen umfassten die Steuerung der Bewegungsrichtung der Menschen in Gotteshäusern, ein Besuchsverbot für Menschen mit Krankheitssymptomen, die Empfehlung, nicht gemeinsam zu singen und die Empfehlung, dass Teilnehmer während der Messe eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen sollten.⁵⁷ Im Juni waren die Auflagen so weit gelockert worden, dass die Besucherzahl bei Gottesdiensten (außer im Rahmen von Hochzeiten und Beerdigungen, bei denen sie auf 100 Personen beschränkt war) nicht mehr eingeschränkt war, solange ein Mindestabstand von zwei Metern zwischen den Teilnehmern eingehalten wurde.⁵⁸ Vergleichbare Beschränkungen gelten in Ontario, wo die Teilnehmerzahl bei Gottesdiensten auf bis zu 30 % der Kapazität des Gebäudes beschränkt ist.⁵⁹

Nachdem im Frühjahr die Auflagen für öffentliche Gottesdienste gelockert worden waren, führte die Regierung des Bundesstaats Quebec im September erheblich strengere Auflagen für öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen ein. Damit wurde die erlaubte Zahl von Gottesdienstbesuchern in den meisten Provinzen auf 50 beschränkt. In stärker von der Pandemie betroffenen Regionen, wie zum Beispiel der Region Outaouais, dem Großraum Montreal oder Quebec City, ist sie auf 25 Personen beschränkt.⁶⁰ Dies brachte der Regierung scharfe Kritik von den Bischöfen in Quebec ein. Erzbischof Christian Lépine von Montreal forderte, dass Kirchen genauso behandelt werden sollten wie andere Räume in geschlossenen Gebäuden, etwa Theater oder Konzerthallen, bei denen die Besucherzahl auf 250 Personen beschränkt ist.⁶¹ Kardinal Gérald Lacroix, der Erzbischof von Quebec und Primas von Kanada, monierte am 26. Juli 2020 am Schrein von St. Anne-de-Beaupré die Ungleichbehandlung der Glaubensgemeinschaften durch die Regierung. „Bis

heute“, erklärte er, „müssen wir jede Woche neu mit den Behörden verhandeln; ständig wird versucht, uns irrationale Beschränkungen aufzuerlegen.“⁶² Seither hat sich die Situation deutlich verbessert.

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Im Berichtszeitraum wurden neue staatliche Beschränkungen der Religionsfreiheit eingeführt oder bestehende Einschränkungen verschärft. Beides könnte sich über die kommenden zwei Jahren negativ auf Mehrheits- und Minderheitenreligionen auswirken. Das Risiko gesellschaftlicher Intoleranz in den Medien und im öffentlichen Leben gegenüber Minderheitsreligionen, aber auch gegenüber der Katholischen Kirche, scheint besonders in der Provinz Quebec seit der Einführung des Gesetzes zur Laizität des Staates größer geworden zu sein. Die wachsende Zahl antisemitischer Vorfälle gibt ebenfalls Anlass zu großer Sorge, von der Situation für die Muslime ganz zu schweigen.

ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 „Canadian Charter of Rights and Freedoms“, Abschnitt 2, Teil I des Verfassungsgesetzes von 1982, Canada 1867 (rev. 2011), Constitute Project, https://constituteproject.org/constitution/Canada_2011?lang=en (abgerufen am 15. März 2020).
- 2 Ebd., Abschnitt 1
- 3 Ebd., Abschnitt 15
- 4 Office of International Religious Freedom, „Canada“, 2019 International Religious Freedom Report, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/canada/> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 5 Ebd.
- 6 „Constitution Amendment Proclamation, 1998 (Newfoundland Act)“, Canadian Constitutional Documents, <https://www.solon.org/Constitutions/Canada/English/index.html> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 7 „Constitution Amendment, 1997, (Québec)“, Canadian Constitutional Documents, <https://www.solon.org/Constitutions/Canada/English/index.html> (accessed 26th December 2020).
- 8 Bruce Pardy, „Does Constitutional Protection Prevent Education Reform in Ontario?“, Fraser Research Bulletin, December 2016, S. 7-8, <https://www.fraserinstitute.org/sites/default/files/does-constitutional-protection-prevent-education-reform-in-ontario.pdf> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 9 Office of International Religious Freedom, „Canada“, ebd.
- 10 Ebd.
- 11 D. Van Pelt, „Homeschooling in Canada continues to grow“, Fraser Forum: The Fraser Institute Blog, 15. August 2017, <https://www.fraserinstitute.org/blogs/homeschooling-in-canada-continues-to-grow>, (abgerufen am 30. März 2018).
- 12 „Highwood Congregation of Jehovah’s Witnesses (Judicial Committee) v. Wall, 2018 SCC 26, 2018 1 S.C.R. 750“, Oberster Gerichtshof von Kanada, <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/en/item/17101/index.do> (abgerufen am 19. März 2020).
- 13 „Trinity Western University Community Covenant Agreement“, Trinity Western University, https://www.twu.ca/sites/default/files/community_covenant_june_25_2019.pdf (abgerufen am 21. April 2020).
- 14 “Trinity Western University v. Law Society of Upper Canada, 2018 SCC 33, 2018 2 S.C.R. 453“, Supreme Court of Canada, <https://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/en/item/17141/index.do> (abgerufen am 19. März 2020).
- 15 Ebd.
- 16 Julia Kalinina, „Canada Summer Jobs: Attestation sparks debate over government overreach“, TheCourt.ca. 30. Oktober 2018, <http://www.thecourt.ca/canada-summer-jobs-attestation-sparks-debate-over-government-overreach/> (abgerufen am 30. Oktober 2020).
- 17 Ebd.
- 18 Michael Swann, „Interfaith leaders ask Canada to drop attestation for summer jobs funding“, Grandin Media, <https://grandinmedia.ca/interfaith-leaders-ask-canada-drop-attestation-summer-jobs-funding/> (abgerufen am 30. Oktober 2020).
- 19 „Backgrounder: Canada Summer Jobs 2021“, Employment and Social Development Canada, <https://www.canada.ca/en/employment-social-development/news/2020/12/csj.html> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 20 Deborah Gyaopong, „Canada Summer Jobs program faces more legal challenges“, Canadian Catholic News, 13. Juni 2019, <https://grandinmedia.ca/canada-summer-jobs-program-faces-more-legal-challenges/> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 21 „Christian Medical Dental Society et al. v. College of Physicians and Surgeons of Ontario, 2019 ONCA 393“, Ontario Courts, <https://www.ontariocourts.ca/decisions/2019/2019ONCA0393.htm> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 22 „Statement on Court Ruling January 31, 2018“, Canadian Federation of Catholic Physicians’ Societies, 1. Februar 2018, <https://canadian-catholicphysicians.com/statement-on-court-ruling-jan-31-2018/> (abgerufen am 25. März 2020).
- 23 „Christian Medical Dental Society et al. v. College of Physicians and Surgeons of Ontario, 2019 ONCA 393“, Ontario Courts, <https://www.ontariocourts.ca/decisions/2019/2019ONCA0393.htm>.
- 24 „An Act respecting the laicity of the State, National Assembly of Quebec, 2nd session, 42nd legislature“, Publications du Québec, <http://www2.publicationsduquebec.gouv.qc.ca/dynamicSearch/telecharge.php?type=5&file=2019C12A.PDF> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.

- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Lancaster House, „Quebec court refuses to stay operation of law banning face covering and religious symbols in public services pending constitutional challenge“, Canada LII Connects, 21. August 2019, <https://canliiconnects.org/en/summaries/67390> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 32 Ibid.
- 33 „Civil liberties groups successful in Bill 21 leave application“, National Council of Canadian Muslims, 21. August 2019, <https://www.nccm.ca/civil-liberties-groups-successful-in-bill-21-leave-application/> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 34 Kalina Laframboise, Quebec government ‘happy’ after Supreme Court declines to hear Bill 21 challenge, premier says, Global News, 10. April 2020, <https://globalnews.ca/news/6805550/legault-responds-bill-21-challenge/> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 35 Andrew Bennett and Robert Leckey, „Quebec government ‘happy’ after Supreme Court declines to hear Bill 21 challenge, premier says, 10. April 2020, Convivium Magazine, 23. Juni 2020, <https://www.convivium.ca/articles/challenges-ahead-for-quebecs-ban-on-religious-symbols/> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 36 Siehe: Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Canada“, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, <https://hatecrime.osce.org/canada?year=2018> (abgerufen am 29. Oktober 2020). Im Jahr 2018 betrug die Gesamtzahl der Fälle laut Statistics Canada 1.817. Siehe: „Police-reported hate crime, number of incidents and rate per 100,000 population, Census Metropolitan Areas“, Statistics Canada, <https://www150.statcan.gc.ca/t1/tbl1/en/tv.action?pid=3510019101&cubeTimeFrame.startYear=2016&cubeTimeFrame.endYear=2018&referencePeriods=20160101%2C20180101> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 37 Ebd.
- 38 Office for Democratic Institutions and Human Rights, ebd.
- 39 Annual Audit of Antisemitic Incidents 2019, League for Human Rights of B'nai Brith Canada, https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/bnaibrithcanada/pages/394/attachments/original/1588351819/B'nai_Brith_Canada_Audit_2019_ENG.pdf?1588351819 (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 40 Ebd., S. 12
- 41 Ebd., S. 15
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Ebd.
- 45 Office for Democratic Institutions and Human Rights, ebd.
- 46 „Tracking Anti-Muslim Incidents across Canada: 2019“, National Council of Canadian Muslims, <https://www.nccm.ca/map/#> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 47 Ebd.
- 48 „Police-reported hate crimes, by detailed motivation, Canada, 2016, 2017 and 2018“, Statistics Canada, <https://www150.statcan.gc.ca/n1/daily-quotidien/200226/t001a-eng.htm> (abgerufen am 29. Oktober 2020).
- 49 Nicolas Bérubé, „Attaque contre le père Grou“, La Presse, 29. März 2019, <https://www.lapresse.ca/actualites/justice-et-faits-divers/201903/29/01-5220047-attaque-contre-le-pere-grou-mes-jambes-ont-cesse-de-trembler.php> (abgerufen am 5. Januar 2021).
- 50 Bryann Aguilar, „Toronto parishioners devastated after statue of Virgin Mary decapitated“, CTV News, 30. August 2020, <https://toronto.ctvnews.ca/toronto-parishioners-devastated-after-statue-of-virgin-mary-decapitated-1.5085561> (abgerufen am 5. Januar 2021).
- 51 Christine Rousselle, „Tabernacle stolen from Canadian Catholic cathedral“, Catholic News Agency, 8. September 2020, <https://www.catholicnewsagency.com/news/tabernacle-stolen-from-canadian-catholic-cathedral-44112> (abgerufen am 5. Januar 2021).
- 52 „Canada’s Health Care System“, Health Canada, <https://www.canada.ca/en/health-canada/services/health-care-system/reports-publications/health-care-system/canada.html>; Ratika Gandhi und Lydia Wakulowsky, „Navigating Health Law in Canada - The Legal Framework“, Health Law Bulletin, Juni 2013, McMillan LLP, <https://www.mcmillan.ca/navigating-health-law-in-Canada-the-legal-framework#:~:text=In%20Canada%2C%20no%20level%20of,powers%20vested%20in%20the%20provinces> (abgerufen am 26. Dezember 2020).
- 53 „Archdiocese of Toronto cancels weekend Masses in wake of COVID-19“, Catholic Register, 13. März 2020, <https://www.catholicregister.org/item/31277-archdiocese-of-toronto-cancels-weekend-masses-in-wake-of-covid-19> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 54 „Archdiocese of Toronto cancels all public Masses“, Catholic Register, 18. März 2020, <https://www.catholicregister.org/item/31286-archdiocese-of-toronto-cancels-all-public-masses> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 55 „All churches closed in Archdiocese of Toronto“, Catholic Register, 24. März 2020, <https://www.catholicregister.org/item/31329-all-churches-closed-in-archdiocese-of-toronto> (abgerufen am 26. Oktober 2020).
- 56 „COVID-19 Information: Guidance for Places of Worship“, Government of Alberta, 23. Mai 2020, <https://open.alberta.ca/dataset/2be831dd-d83e-42da-b634-6bc6d5232d1a/resource/dc6e8a2e-978b-4121-acc7-8889fcfc160e/download/covid-19-relaunch-guidance-places-of-wors>

hip-2020-05.pdf (abgerufen am 29. Oktober 2020).

57 Ebd.

58 „COVID-19 Information: Guidance for Places of Worship“, Government of Alberta, 23. Mai 2020, <https://open.alberta.ca/dataset/2be831dd-d83e-42da-b634-6bc6d5232d1a/resource/dc6e8a2e-978b-4121-acc7-8889fcfc160e/download/covid-19-relaunch-guidance-places-of-worship-2020-05.pdf> (abgerufen am 29. Oktober 2020).

59 „A Framework for Reopening our Province: Stage 2“, Government of Ontario, 9. Juni 2020 (aktualisiert am 19. August 2020), <https://www.ontario.ca/page/framework-reopening-our-province-stage-2#section-2> (abgerufen am 29. Oktober 2020).

60 Kwabena Oduro, „Quebec archbishop, parents denounce COVID-19 restrictions limiting gatherings in places of worship“, Global News, 27. September 2020, <https://globalnews.ca/news/7362648/coronavirus-quebec-religious-covid-19-restrictions/> (abgerufen am 29. Oktober 2020).

61 Ebd.

62 „Déclaration du cardinal Gérald Cyprien Lacroix, Archevêque de Québec en la basilique Sainte-Anne-de-Beaupré, le 26 juillet 2020, fête de sainte Anne, patronne du Québec“, Église catholique du Québec, 26. Juli 2020, <https://www.ecdq.org/interpellation-du-cardinal-lacroix-aux-auto-rites-publiques-du-quebec/> (abgerufen am 26. Oktober 2020).